

Volkswirtschaft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **86 (1979)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Da das Stufenspinnverfahren insbesondere dort Anwendung finden soll, wo das Rotorspinnverfahren nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann, kommen für eine Ausspinnung nur feine und feinste Garnbereiche in Frage. Es wurden zwei Garne der Feinheit 17 tex (Nm 60) und 10 tex (Nm 100) gesponnen. Die Vorlage bestand aus gekämmter guter Baumwolle. Die Spindeldrehzahl betrug 30 000 min⁻¹. Die markantesten Garnparameter der Tabelle zeigen, dass mit dem Stufenspinnverfahren hochwertige Garne gesponnen werden können.

	17 tex	10 tex
Reisslänge	19,44 Km	17,92 Km
Gleichmässigkeit	11,5 %	12,1 %
Garntafel	1.1.	1.2.

Das Stufenspinn Garn erscheint in jeder Hinsicht dem Ringgarn als ebenbürtig. Insgesamt ist das Stufenspinn Garn gleichmässig, voluminös und haarig. Die Fasern sind fest eingebunden. Ringgarn fällt im Vergleich zu Stufenspinn Garn etwas magerer und glatter aus.

Wirtschaftlichkeit

Mit dem Stufenspinnverfahren lassen sich Garne mit hoher Geschwindigkeit und guter Qualität herstellen. Das heisst aber noch nicht, dass das Spinnverfahren immer wirtschaftlich sein muss.

Da es heute noch keine Stufenspinnmaschine gibt, muss eine Wirtschaftlichkeitsberechnung von einer Schätzung ausgehen. Die vorstehenden Ausführungen zeigen eine gewisse Ähnlichkeit der Stufenspinnmaschine mit einer Rotorspinnmaschine. Das bezieht sich auf die Topfdrehzahl, die Teilung, das Spulwerk, den Energiebedarf usw. Eine erste Näherung liegt sicher nicht falsch, wenn für die noch unbekanntenen Daten des neuen Spinnverfahrens die vergleichbaren Werte einer Rotorspinnmaschine eingesetzt werden.

In einem Diagramm kann dargestellt werden, wie teuer eine Stufenspinnstelle werden darf, um in Abhängigkeit von der Garnfeinheit und der Topfdrehzahl Kostengleichheit mit dem Ringspinnverfahren zu erreichen.

Das Diagramm zeigt folgendes Ergebnis:

- Mit steigender Garnfeinheit fällt die Kapitalkostenkurve stark ab.
- Das Stufenspinnverfahren soll für Garne feiner als 25 tex Verwendung finden. Damit muss der Ast der Kostenkurve jenseits der 25 tex-Marke betrachtet werden.
- Bei 17 tex ergibt die Rechnung beispielsweise einen maximalen Spinnstellenpreis von:
 - 366 DM/Spinnstelle und 30 000 U/min
 - 637 DM/Spinnstelle und 40 000 U/min

Nach den Ausführungen über den Aufbau und die Arbeitsweise einer Stufenspindel muss es dem Leser vorbehalten bleiben, ob er nach dem heutigen Stand der Technik einen Stufenspinnstellenpreis von 600 bis 700 DM für realisierbar hält.

Zusammenfassung

Das Stufenspinnverfahren arbeitet mit kontinuierlicher Drehungsteilung. Seine effektive Leistung resultiert aus der Topfdrehzahl, die im Grössenordnungsbereich der Drehzahl einer Rotorspinnmaschine liegt.

Mit dem Stufenspinnverfahren lassen sich alle Faserarten und Stapel verarbeiten, die auch auf einer Ringspinnmaschine verarbeitet werden können.

Das Stufenspinnverfahren ist wirtschaftlicher als das Ringspinnverfahren, wenn der Stufenspinnstellenpreis das Drei- bis Vierfache des gegenwärtigen Ringspindelpreises nicht übersteigt.

Dipl. Ing. Reinhard König, D-7500 Karlsruhe

Literatur

DRP Nr. 170 853, Sebastian Ziani de Feranti: «Kapselspinn- und Kapselzwirnmachine».

Deutsche Offenlegungsschrift Nr. 2 229 263: «Verfahren und Vorrichtung zum gleichzeitigen Aufwickeln und Verdrillen von Garn in einem kontinuierlichen Spinnvorgang».

Volkswirtschaft

Freiheitliches Wirtschafts- und Sozialsystem in der Bewährungsprobe*

Der Titel dieses Referates, freiheitliches Wirtschafts- und Sozialsystem in der Bewährungsprobe, mag für einige unter Ihnen zu feierlich, möglicherweise sogar etwas dramatisch klingen. Dies um so mehr, als das Thema zweifellos Gedanken über den oft vorausgesagten, bis jetzt jedoch immer wieder vertagten Untergang des Abendlandes in Erinnerung ruft. Von den Organisatoren dieser Veranstaltung ist allerdings die Erzeugung einer Weltuntergangsstimmung keinesfalls beabsichtigt worden. Nach ihren Intentionen soll hier lediglich anstelle der üblichen Analyse aktueller Konjunktur- und Währungsfragen eine Standortbestimmung für Marktwirtschaft und Demokratie aus historischer Vogelschau vorgenommen werden.

Beim Versuch, die gestellte Aufgabe zu erfüllen, ergeben sich vor allem zwei Schwierigkeiten. Die erste besteht in der Ueberwindung der falschen historischen Optik. Die menschliche Natur scheint mit einem tiefenpsychologischen Zerrspiegel ausgerüstet zu sein. Dieser hat die Eigenschaft, in der Rückblende das Unangenehme zu verharmlosen oder sogar zu verdecken, das Angenehme

* Referat, gehalten an der Generalversammlung der Schweiz. Vereinigung von Textilfachleuten, am 23. März 1979 in Uster

dagegen zu vergrössern und zu akzentuieren. Bei der Gegenwartsbetrachtung wendet er den umgekehrten Trick an, indem er das Positive und Erfreuliche vermindert, das Negative und Unerfreuliche dagegen verstärkt. Hieraus entsteht die bekannte Nostalgie nach den sogenannten guten alten Zeiten, obwohl sie sich bei objektiver Betrachtung sehr häufig gar nicht so schön und angenehm erweisen, wie wir es uns einzureden pflegen. Gegen diese angeborene Neigung zur Verschönerung der Vergangenheit muss ich ebenfalls ankämpfen.

Die zweite Schwierigkeit liegt in der Wahl der Prioritäten. Das Thema ist selbst bei der Beschränkung auf ein einziges Land, und erst recht bei der hier angewendeten Globalbetrachtung äusserst vielschichtig und weitläufig, so dass man über jeden einzelnen Aspekt Bücher schreiben könnte. Diese Vielfalt kann in ein einstündiges Referat nur teilweise eingefangen werden. Ich muss mich daher auf die wichtigsten Aspekte beschränken. Ich hoffe jedoch, dass Sie von den Möglichkeiten in der nachfolgenden Diskussion ausgiebig Gebrauch machen und durch offene Aussprache die Betrachtung ergänzen und abrunden helfen.

Wo steht die Marktwirtschaft heute?

Die globale Antwort auf diese Frage lautet: die Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer befinden sich seit Jahreswende 1974/75 am Ende einer langfristigen Konjunkturperiode, des sogenannten Kondratieff-Zyklus, und versuchen die ökonomischen Fehlentwicklungen der vorangegangenen Jahrzehnte zu korrigieren. Zwecks Spezifizierung dieser summarischen Feststellung lassen Sie mich die Entwicklung der Weltwirtschaft während der letzten Jahrzehnte skizzenhaft nachzeichnen. Der vorletzte langfristige Konjunkturzyklus erreichte seinen Tiefpunkt am Ende der zwanziger anfangs der dreissiger Jahre. Der erste Schritt aus der damaligen Wirtschaftskrise bestand darin, dass die sogenannten Achsenmächte, Italien, Deutschland und Japan, aufzurüsten begannen. Die Alliierten, vorab Frankreich, Grossbritannien und die USA, zogen zwar nur zögernd und mit einem zeitlichen Abstand nach, doch bewirkte das entstandene Wettüben eine rasche Belebung der Wirtschaftstätigkeit. Am Ende der dreissiger Jahre brach dann der Zweite Weltkrieg aus, der nach sechsjähriger Dauer den industrialisierten Teil dieser Erde mit Ausnahme einiger weniger Länder, wie der Schweiz, Schwedens und der USA, in einen Trümmerhaufen verwandelte. Nach Kriegsende setzte mit grosszügiger Finanzhilfe der USA der Wiederaufbau der zerstörten Welt ein, der infolge des enormen Nachholbedarfs an Bauten sowie an Investitions- und Konsumgütern die verfügbaren Kapazitäten während einiger Jahre absorbierte. Unmittelbar vor Kriegsende wurde zudem in Bretton Woods ein neues Weltwährungssystem mit grundsätzlich fixen Währungsparitäten und verschiedenen Auflagen für die nationalen Währungsbehörden etabliert, das ein monetäres Pendant zur zunehmenden realwirtschaftlichen Tätigkeit und zum wachsenden Welthandel bildete. Schliesslich erhielt die Weltwirtschaft eine gewaltige Stosskraft, indem die im Bereich der Raumfahrt und Elektronik gemachten kriegstechnischen Erfindungen auf den zivilen Sektor übertragen wurden, wo sie wellenweise neue Investitionsimpulse erzeugten und zugleich die Produktionstechnik grundlegend umgestalteten. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand für die Weltwirtschaft infolge des Wiederaufbaus, der stabilen internationalen Währungsordnung und der Nutzbarmachung der revolutionären kriegstechnischen Innovationen im zivilen Sektor eine äusserst günstige Startkonstellation. Diese ermög-

lichte die Erzielung wirtschaftlicher und sozialer Fortschritte, die in der Menschheitsgeschichte beispiellos sind. In den drei Jahrzehnten von 1945—1975 sind Weltproduktion, Welthandel und Massenwohlstand in absoluten Grössen stärker gestiegen als in den beiden vorangegangenen Jahrhunderten oder im ganzen Mittelalter.

Die gigantischen wirtschaftlichen und sozialen Erfolge bilden jedoch nur die eine Seite der Medaille. Ihnen steht ein ebenso gewaltiger Berg von ökonomischen, monetären und psychologischen Fehlentwicklungen gegenüber, für dessen Beseitigung wir einige Jahre benötigen. An den ökonomischen und monetären Fehlentwicklungen trägt zweifellos das System fixer Wechselkurse die Hauptschuld. In Bretton Woods wurden bekanntlich die Paritäten der Währungen gegenüber dem US-Dollar festgelegt, der in Gold definiert war. Die damals festgelegten Währungsparitäten erweisen sich jedoch in dem Masse als unrealistisch, als in Europa und Japan die Produktionskapazitäten ausgebaut wurden. Seit anfangs der sechziger Jahre war der US-Dollar, die Basis der Weltwährungsordnung, gegenüber einigen Währungen, wie der DM, dem japanischen Yen, dem SFr., dem holländischen Gulden und dem österreichischen Schilling bereits überbewertet, was nichts anderes heisst, als dass die erwählten Währungen gegenüber dem US-Dollar unterbewertet waren. In den folgenden Jahren nahm die Verzerrung der Währungsparitäten weiter zu, da die Wechselkurskorrekturen überhaupt nicht oder nur in ungenügendem Ausmasse erfolgten. Die zunehmende Wechselkursverzerrung löste einen unheilvollen Prozess aus. Bei steigender Ueberbewertung des US-Dollars war es für die amerikanischen Grossfirmen immer vorteilhafter, im Ausland Produktionsstätten zu gründen oder die Aktienmehrheit ausländischer Firmen zu erwerben, als im eigenen Land zu investieren und von dort aus Güter und Dienstleistungen dem Rest der Welt zu exportieren. Als Folge davon ergoss sich ein wachsender Strom von Dollars über Europa und Japan. Diese Entwicklung hatte für die USA zwei negative Auswirkungen. Dadurch, dass die amerikanischen Firmen statt zu Hause im Ausland investierten, exportierten sie nicht nur Kapital, sondern auch Arbeitsplätze. So entstand in den USA eine strukturelle Unterbeschäftigung. Hinzu kam zweitens, dass die durch die US-Grossfirmen getätigten Auslandgründungen die US-Handels- und -Ertragsbilanz negativ beeinflussten. Das Wachstum der US-Exporte schwächte sich ab, so dass die US-Handelsbilanz bereits Mitte der sechziger Jahre und die Zahlungsbilanz Ende der sechziger Jahre in die roten Zahlen gerieten.

Europa war über den wachsenden Dollarstrom anfänglich um so mehr erfreut, als hier in den fünfziger Jahren eine akute Dollarknappheit herrschte, über die man sich hier damals bitter beklagte. Weltwirtschaftlich betrachtet, war der steigende Dollarstrom solange gerechtfertigt, bis die europäischen Volkswirtschaften die Vollbeschäftigung erreicht hatten. Dies war in der ersten Hälfte der sechziger Jahre der Fall. Gerade von jenem Zeitpunkt an begann jedoch der Dollarzufluss massiv anzuschwellen. Die ursprüngliche Dollarknappheit verwandelte sich zunehmend in einen Dollarüberfluss. Die europäischen Länder mit unterbewerteter Währung versuchten dieser Entwicklung vorerst mit Erfolg durch das Ausweichen auf den Import von ausländischen Arbeitskräften zu entgehen. Diese Länder, unter ihnen auch die Schweiz, importierten damals aus immer entfernteren Ländern immer mehr Arbeitskräfte. Indem sie die von den USA eingeschleusten Kapitalien mit den importierten Arbeitskräften kombinierten, waren sie imstande, den wellenweise auftretenden Nachfrageschüben rasch mit entsprechendem Angebot zu begegnen und zugleich den Kosten- und Preisanstieg in

Grenzen zu halten. So entstand in Europa eine strukturelle Ueberbeschäftigung, die das Korrelat zu der strukturellen Unterbeschäftigung in den USA darstellte. Ohne die Möglichkeit, auf den massiven Arbeitskräfteimport auszuweichen, hätten die europäischen Hartwährungsländer bereits in den sechziger Jahren entweder eine Kosten- und Preisexplosion erlebt, oder sie hätten ihre Währungen entsprechend aufwerten müssen, um so den Kapitalzufluss aus den USA und den Fremdarbeiterzustrom aus den Entwicklungsländern einzudämmen. Da weder das eine noch das andere geschah, entwickelte sich in Europa ein sich selbst beschleunigender Konjunkturboom, der in der Wirtschaftsgeschichte beispiellos ist. Unter dem Schutz der zunehmend unterbewerteten Währungen entstanden jedoch in den betreffenden Ländern auch gewaltige ökonomische Fehlentwicklungen, indem gewisse Teile der nationalen Volkswirtschaften, man denke etwa an das Baugewerbe der Schweiz, über ihre eigenen langfristigen Wachstumsdimensionen hinauswuchsen. Die ökonomischen Gesetze konnten jedoch nur vorübergehend überspielt werden. Der Import von Arbeitskräften erreichte allmählich die Grenze des staatspolitisch Tragbaren und des ökonomisch Vernünftigen. Er musste in den meisten Ländern gestoppt oder eingedämmt werden. Da jedoch die monetäre Verflüssigung infolge des Dollarzustromes und der damit verbundenen Geldschöpfung der Notenbanken weiterging, begannen die Kosten und Preise beschleunigt zu steigen. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre hatten alle Industrieländer zweistellige Inflationsraten. Die darauffolgende weltweite Antiinflationpolitik und die massive Erhöhung der Erdölpreise im Herbst 1973 leiteten sodann die Rezession ein. Parallel zur inflationären Deroutierung der Weltwirtschaft haben die zunehmenden Wechselkursverzerrungen das internationale Währungssystem erschüttert. Seit Ende der sechziger Jahre erlebte die Welt in immer kürzeren Intervallen immer stärkere Währungskrisen. Die verzweifelten Rettungsversuche verschafften nur kurzfristige Ruhepausen. Die inneren Spannungen bewirkten anfangs 1973 den definitiven Einsturz des im Sommer 1944 errichteten Weltwährungssystems. Mit dem Uebergang zum Floating schlug auch die Stunde der Wahrheit für die Weltwirtschaft, indem die aufgestauten Wechselkursverzerrungen und die bis anhin verdeckten strukturellen Fehlentwicklungen plötzlich zutage traten.

Ebenso folgenschwer wie die ökonomischen und monetären Fehlentwicklungen waren die wirtschaftspolitischen und psychologischen Schäden der geschilderten Periode. Die Menschen in den industrialisierten Ländern verfielen dem Irrglauben des ewigen Wirtschaftswachstums. Politiker, Unternehmer und Arbeitnehmer glaubten unbeirrt an die Machbarkeit der Konjunktur. Von diesem völlig illusorischen Hintergrund aus wurden sodann phantastische wohlfahrtsstaatliche Zukunftspläne konzipiert, die sich unter den veränderten Verhältnissen bezüglich ihres Ausmasses und vor allem bezüglich ihres Realisierungstempos weitgehend als Wunschdenken erwiesen. Der unglaublichste und zugleich folgenschwerste Verhaltensfehler bestand jedoch in der rücksichtslosen und verschwenderischen Unbekümmertheit, die diese Generation gegenüber der Umwelt, Energiequellen und Rohstoffressourcen zutage legte. Für die in diesen Bereich begangenen Sünden werden noch einige der kommenden Generationen büßen müssen. Besonders schockierend ist indes der Umstand, dass die Sündengeneration die innere Kraft zur Besinnung nicht oder nur schwer aufzubringen imstande ist. Die handgreifliche Verpestung der Umwelt, Zerstörung der ökologischen Strukturen sowie die massive und wiederholte Erhöhung der Erdölpreise sind zwar gebieterische Mahnzeichen dafür, dass wir mit der Zerstörung der Umwelt und der Verschwendung von nicht

erneuerbaren Energie- und Rohstoffvorräten ohne katastrophale Folgen nicht mehr lange weiterfahren können. Diese Zeichen an der Wand vermochten jedoch bis jetzt weder ein umweltfreundlicheres Verhalten noch ein sparsameres Umgehen mit den immer knapper werdenden Rohstoff- und Energievorräten noch vor allem eine echte Intensivierung der Forschungsanstrengungen für die Erfindung von Ersatzquellen zu bewirken. Die überwiegende Mehrheit versucht die nahende Gefahr zu verdrängen. Eine kleine Minderheit von ferngelenkten Systemgegnern unternimmt alles, um die Realisierung von Ersatzlösungen, wie etwa die Installierung von AK-Werken, zu sabotieren, wobei sie durch eine namhafte Masse von gutgläubigen Idealisten, Beängstigten und Querulanten wirksam unterstützt wird.

Schliesslich sei in diesem Zusammenhang die Pervertierung des gesamten ökonomischen Verhaltens, vor allem des Arbeitsethos und der Unternehmerfunktionen, erwähnt. In den sechziger und den ersten siebziger Jahren wurden die Werte der herkömmlichen Arbeitsmoral völlig umgewertet. Damals wurden Lohnverbesserungen und beruflicher Fortschritt weniger durch echte Leistung als vielmehr dank dem akuten Arbeitskraftmangel und der rücksichtslosen Abwerbepaxis durch Stellenwechsel oder durch Drohung mit dem Stellenwechsel erzielt. Der Typ des treuen loyalen Mitarbeiters wurde verdrängt durch den kaltschnäuzigen Jobinhaber. Damals war die Lohnentwicklung von den nomadisierenden Jobinhabern bestimmt, vor allem wenn sie Spezialausbildung besaßen. Um die Ausübung der Unternehmerfunktionen war es allerdings nicht besser bestellt. Die Tätigkeit des Unternehmers beschränkte sich zu jener Zeit zur Hauptsache auf die Anwerbung der benötigten Arbeitskräfte und auf die Zurückweisung von Auftragsofferten mit kurzen Lieferfristen und unterdurchschnittlichen Gewinnmargen. Auf diese Weise entstanden nicht nur in der Produktionsstruktur, sondern auch im Management Fehlentwicklungen, indem die unternehmerischen Fähigkeiten infolge Nichtgebrauchs verkümmerten und im mittleren und oberen Management Menschen Posten erhielten, denen sie weder fachlich noch führungspolitisch gewachsen waren. In der Wachstumseuphorie wurden diese Fehlentwicklungen kaum bemerkt. Erst mit dem Einbruch der Rezession traten sie allmählich zum Vorschein. Während die meisten Volkswirtschaften ihre strukturellen Fehlentwicklungen weitgehend bereinigt haben, stehen sie im Hinblick auf den Strukturbereinigungsprozess im Management erst am Anfang.

Die ökonomische Misere der westlichen Welt hat sich seit dem Eintreten der Rezession weiter akzentuiert. Wie erinnert, schlugen die USA zur Ueberwindung der Rezession anfangs 1975 eine expansive Geld- und Fiskalpolitik ein. Sie konzentrierten sich auf die Konjunkturbelebung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit und nahmen dabei steigende Inflationsraten, defizitäre Handelsbilanz und eine weitere Verschlechterung der Dollarposition bewusst in Kauf. All diese Folgen traten dann in den Jahren 1977/78 ein. Auf der anderen Seite wählten die übrigen Industrieländer, vorab die BRD, Japan und die Schweiz, den umgekehrten wirtschaftspolitischen Weg, indem sie das Schwergewicht auf die weitere Verminderung der Inflationsraten mittels restriktiver Geld- und Fiskalpolitik verlegten, wobei sie eine hohe oder sogar steigende Arbeitslosigkeit in Kauf nahmen. Die Folgen ihrer Wirtschaftspolitik waren jenen der amerikanischen Wirtschaftspolitik diametral gegenläufig, nämlich schwache Binnenkonjunktur, hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Handelsbilanzüberschüsse, steigender Wechselkurs und sinkende In-

flationsraten. Die Wirtschaftspolitik der wichtigsten Industrieländer diesseits und jenseits des Atlantiks befand sich auf einem Kollisionskurs. Die amerikanischen Währungsbehörden haben zwar mit politischem und wirtschaftlichem Druck versucht, die Regierungen der erwähnten Länder zu einer expansiven und somit inflationären Wirtschaftspolitik zu bewegen. Als es ihnen misslang, entfachten sie einen offenen währungspolitischen Krieg, indem amerikanische Regierungsvertreter öffentlich für eine weitere Abwertung des US-Dollars bzw. Aufwertung der erwähnten Hartwährungen plädierten. Dadurch wurde das ohnehin angeschlagene Vertrauen in den US-Dollar zerstört. Es entstand eine panikartige Flucht aus dem US-Dollar in die Hartwährungen. Die Währungsbehörden der Hartwährungsländer standen vor der Alternative, entweder den Wechselkurs ihrer Währungen unbegrenzt ansteigen und somit ihre Volkswirtschaften in eine wechselkursbedingte Deflation stürzen zu lassen oder den Aufwertungsdruck nach Möglichkeit durch Dollarkäufe aufzufangen und dadurch im eigenen Land ein gewaltiges Inflationspotential zu schaffen. Sie wählten gezwungenermassen die zweite Alternative. So entstand eine ziemlich desolante Konstellation, die sich wie folgt skizzieren lässt: Die USA sind bereits auf der schiefen Ebene der Inflation und haben erneut zweistellige Inflationsraten. Die traditionellen Schwachwährungsländer, wie Grossbritannien, Frankreich und Italien, haben in den letzten Jahren im Verhältnis zu ihren spezifischen Bedingungen namhafte Antiinflationserfolge erzielt, doch sind sie im Begriffe, den USA folgend, erneut in den Sog einer beschleunigten Inflation zu geraten. Die sogenannten Hartwährungsländer, unter ihnen auch die Schweiz, befinden sich auf einem sehr schmalen Pfad zwischen Rezession und Inflation. Ihre grösste Sorge bildet das Inflationspotential. Sie sitzen alle auf einem Pulverfass und es braucht nur einen Funken, um es zur Explosion zu bringen. Die Gefahr ist gross, dass im Zuge der Konjunkturbelebung, Erdölpreiserhöhung, des Zinsanstieges, der Durchsetzung von übersteigerten Lohnforderungen und dergleichen mehr die berühmte Kosten-Preis-Spirale in Bewegung gerät und eine explosionsartige Kosten/Preissteigerung entsteht, der die Notenbanken angesichts der gewaltigen Masse der angehäuften Ueberliquiditäten machtlos gegenüberstünden. Vor rund vierzig Jahren setzte die Weltwirtschaft unter sehr günstigen Startbedingungen zu einem historischen Höhenflug an. In der Zwischenzeit haben wir aus unserem Wirtschaftssystem alle Stabilisierungselemente, das Gold, die fixen Wechselkurse, die Arbeitsmoral, die Unternehmerqualitäten, die Sparsamkeit und die internationale Solidarität eliminiert mit der logischen Folge, dass die Weltwirtschaft in einen Schwebestand der lähmenden Zukunftsunsicherheit geriet.

Wo steht die Demokratie heute?

Das freiheitlich-demokratische System ist — wie jedes Sozialsystem — externen und internen Gefahren ausgesetzt. Im Falle der Demokratie besteht die Bedrohung sowohl von Rechts wie auch von Links. Gegenwärtig ist allerdings die Gefährdung der Demokratie von Rechts als verhältnismässig gering einzuschätzen. Nationalismus und Chauvinismus bilden zwar auch in den hochentwickelten Ländern eine wirksame politische Triebkraft, doch hat hier die Etablierung von rechtsextremen Diktaturen in absehbarer Zeit keine allzu grossen Chancen. Die Rechtsdiktaturen in verschiedenen Staaten Mittel- und Südamerikas stellen eine natürliche Entwicklungsstufe dar, die selbst einige zivilisierte Länder Europas erst vor einigen Jahrzehnten hinter sich gelassen haben.

Erheblich grösser ist die Gefährdung des freiheitlich demokratischen Sozialsystems von Links. Der Sozialismus marxistischer Prägung hat zwar seine ideologische Anziehungskraft völlig verloren, so dass er in den betreffenden Ländern lediglich als Aushängeschild und als Deckmantel für die Unterdrückung benutzt wird. Dementsprechend haben sich Strategie und Taktik des marxistischen Sozialismus geändert. Man hat das Schwergewicht der Expansion von der ideologischen Werbekampagne auf das militärische und wirtschaftliche Gebiet verlegt, wobei die erhöhte Spionagetätigkeit, die Erlangung der militärischen Uebermacht, die Gründung von sogenannten eurokommunistischen Filialen, die militärische Unterstützung von ethnischen Minderheiten und Partisanengruppen, die Aneignung von militärisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch wichtigen Stützpunkten und dergleichen mehr als die wichtigsten Operationsmittel angewendet werden. Das beste Beispiel hierfür bietet der von der Sowjetunion mit genialer Strategie betriebene Ausbau von Stützpunkten in Angola, Etiopien, Nordjemen, Syrien, Irak und Afghanistan mit dem offensichtlichen Ziel, die Energie- und Rohstoffzufuhr zu den westlichen Ländern zu kontrollieren und nötigenfalls diese von ihren Energie- und Rohstoffquellen abzuschneiden. Eine ähnliche Abschnürungstaktik verfolgt Russland auch im südostasiatischen Raum gegen China. Welchen Erfolg Russland mit dieser Taktik gegenüber der freien Welt erzielen kann, hängt einzig und allein vom Grad unserer militärischen und ideologischen Abwehrbereitschaft ab. Ich persönlich bin etwas beunruhigt ob der ausgeprägten Beschwichtigungspolitik, die sowohl in den USA von Präsident Carter wie auch in der Bundesrepublik von einflussreichen Politikern, wie Bundeskanzler H. Schmidt, Herbert Wehner und Egon Bahr gegenüber Russland zutage gelegt wird. Man kann nur hoffen, dass diese politischen Führer aus der in den dreissiger Jahren gegen Hitler angewendeten Beschwichtigungspolitik die entsprechende Lehre ziehen werden. Unter dieser Bedingung dürfte die kommunistische Gefahr für die Demokratie vorerst relativ gering bleiben. Dies um so mehr, als innerhalb des kommunistischen Lagers die Spannungen gross und im Zunehmen begriffen sind, wobei die Explosionskräfte eher gegeneinander als gegen den Westen gerichtet sind. Im Moment als sich China zu industrialisieren und aufzurüsten begann, gerieten die beiden roten Kolosse, Russland und China, auf einen Kollisionskurs. Einer von den beiden muss weichen bzw. sich ändern, wobei für Russland der zu zahlende Preis um so mehr steigt, je länger es zuwartet. Angesichts dieser Situation ist nicht auszuschliessen, dass Russland in absehbarer Zeit waghalsige politische und militärische Abenteuer unternimmt mit dem Ziel, die russenfeindliche Führung in China zu beseitigen, die zentrifugalen politischen Kräfte in den Satelliten, vorab in Rumänien und Jugoslawien, einzudämmen und die nach vermehrter Autonomie strebenden Minoritäten in Russland selbst an die Kandare zu nehmen. Das Jahr 1980 würde sich für eine solche Aktion besonders gut eignen, da im nächsten Jahr die beiden relevanten Länder der freien Welt, die USA und die BRD, durch innenpolitisch wichtige Wahlen absorbiert werden. Dabei würde Breschnew lediglich nach der Verhaltenspsychologie der alternden Diktatoren handeln, die immer wieder versuchten, vor ihrem Tod durch eine Wahnsinnstat sich noch ein Monument zu schaffen. Wie dem auch sei, die vielschichtige Konfliktsituation innerhalb des kommunistischen Lagers dürfte für die Demokratien beim vernünftigen Verhalten direkt oder indirekt nur Vorteile bringen.

Das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem wird daher gegenwärtig weniger von aussen her als viel mehr von innen her gefährdet. Hierfür gibt es verschiedene Gründe.

Der wichtigste unter ihnen liegt in der tiefenpsychologischen Geringschätzung vorhandener Güter. Die wichtigsten materiellen und immateriellen Güter des Lebens, wie Luft, Wasser, Licht, Gesundheit und Freundschaft, entwerten sich um so stärker, je alltäglicher und selbstverständlicher sie sind. Den unersetzbaren Wert der Gesundheit oder eines guten Freundes lernt man erst schätzen, wenn er nicht mehr vorhanden ist. Dem gleichen Entwertungsprozess ist auch das höchste ideelle Gut, die Freiheit, unterworfen. Dies gilt insbesondere für jene Generationen, die in ein freiheitliches System hineingeboren wurden, ohne dass sie es hätten erkämpfen oder verteidigen müssen. Aus dieser Entwertung, die übrigens die primäre Ursache für den Untergang verschiedener Kulturvölker bildete, ergeben sich automatisch anomale und zerstörerische Verhaltensweisen, indem Pannen, Unzulänglichkeiten und Auswüchse des freiheitlichen Systems hochgespielt und zum Anlass genommen werden, das System selbst zu zerstören. Wie weit die freie Welt dem geschilderten Entwertungsprozess der Freiheit bereits erlegen ist, zeigt der Umstand, dass die Menschen unseres Kulturkreises in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten für die Freiheit auf die Barrikaden stiegen; heute gehen sie für die Freizeit auf die Barrikaden, und zwar selbst dann, wenn ihnen die erhöhte Freizeit die Beschränkung der Freiheit kostet.

Der zweite Grund für die innere Gefährdung des freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialsystems liegt in dessen relativ hohen Ansprüchen. Das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem stellt an seine Träger hohe Anforderungen. Es verlangt von ihnen im wirtschaftlichen Bereich Konkurrenzkampf, Leistung und Risikofreudigkeit und auf politischem Gebiet Toleranz, Verantwortung, Masshalten, aber auch Treue zum Grundsätzlichen. Die breite Masse der Bevölkerung kann oder will diesen Anforderungen nicht entsprechen. Sie huldigt viel mehr anderen Lebensidealen, wie sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit, Ruhe, Schablonenhaftigkeit und dergleichen mehr. Die uralte Sehnsucht des Menschen nach Wiedererlangen des verlorenen Paradieses manifestiert sich hier in politischer und sozialer Form. Dank ihrer speziellen psychologischen Beschaffenheit ist die Jugend besonders angesprochen von einer heilen illusionären Welt, in der statt Leistung, Risiko, Konkurrenzkampf und ideologische Grundfestigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit, ewige Liebe, Harmonie und dergleichen mehr herrschen. Die Politagenten und Demagogen aller Art nützen natürlich diese psychologische Situation für ihre politischen Zwecke aus, indem sie bei jeder echten und vermeintlichen Unzulänglichkeit des freiheitlichen Systems die Massen zur Humanisierung der Wirtschaft, zur Ausdehnung der Demokratie, zur Erweiterung der öffentlichen Kontrolle und dergleichen mehr mobilisieren. Sie haben dabei nach der Salamtaktik bereits namhafte Resultate erzielt, wobei verschiedene Umstände, wie das wahlpolitische Gewicht der nach Sicherheit strebenden Menschen, die häufig ungenügenden Führungsqualitäten sowie damit verbunden die Neigung der demokratischen Regierungen zum wahlpolitischen Opportunismus eine entscheidende Rolle spielten.

Die dritte Gefahrenquelle besteht im liberalen Charakter des freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialsystems. Die Ereignisse in jüngster Zeit liefern ein anschauliches Beispiel dafür, wie kleine fanatisierte Gruppen das Fair play des an Rechtsstaatlichkeit gebundenen Staatsapparates zu umstürzlerischer Agitation und politischer Kriminalität ausnützen können. Es ist ein Kampf zwischen Gauner und Ehrenmann. Das Fair play der Demokratie ermöglicht aber auch Menschen mit labilem Charakter und ausgeprägter Rücksichtslosigkeit, die gebotene Freiheit — oft sogar innerhalb der Legalität — politisch und wirtschaftlich zu

missbrauchen, wodurch das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem diskreditiert wird. Die Mahnung von Professor Hudo Sieber, die Marktwirtschaft könnte von ihren Anhängern zerstört werden, ist durchaus ernst zu nehmen. Schliesslich wird das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem dadurch gefährdet, dass man sein Wesen ad absurdum führt. Die in letzter Zeit auch in der Schweiz teils von Systemgegnern, teils von bürgerlichen Kreisen ohne Realitätssinn gemachten politischen Vorstösse, den Bau von Nationalstrassen und Atomkraftwerken oder die Wirtschaft mittels paritätischer Mitbestimmung in verstärktem Masse zu demokratisieren, laufen letzten Endes auf eine Perversion der Demokratie hinaus.

Den wichtigsten Gefahrenherd für das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem bildet die verhaltenspolitische bzw. ethisch-moralische Krise, die die breite Bevölkerungsmasse freiheitlicher Industriegesellschaften durchmacht. Der seit Jahrhunderten andauernde Prozess der Befreiung des Menschen ist in den letzten Jahren in den hochzivilisierten Ländern in seine entscheidende Phase getreten. Dies äusserte sich in der Umwertung aller herkömmlichen ethisch-moralischen Begriffe, wie Gott, Autorität, Familie, Freundschaft, Sexualität, Leistung, gegebenes Wort und dergleichen mehr und in der Abstreifung der mit diesen ethisch-moralischen Werten verbundenen Verhaltensregeln. Da es uns noch nicht gelang, neue Wertmassstäbe und adäquate Verhaltensregeln zu schaffen, entstand ein ethisch-moralisches Vakuum mit allen bekannten Krankheitssymptomen, wie Frustration, Depression, Lethargie, Vereinsamung, Angstkomplex, Süchtigkeit aller Art, aber auch Aggressivität, Egoismus und Urwaldmoral. Dies ist ein erneuter Beweis für die uralte These, wonach individuelles Leben ohne ethische Wertmassstäbe und soziales Zusammenleben ohne bindende Verhaltensregeln auf die Dauer in Anarchie und Selbstzerstörung münden. Der steigende materielle Wohlstand bildet keinen Ersatz hierfür. Wir leben ja seit Jahren materiell immer besser, wir erleben aber immer weniger. Mit anderen Worten ausgedrückt, wir haben zwar das soziale Proletariat beseitigt, doch beginnt an dessen Stelle ein ethisch-moralisches Proletariat zu entstehen.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass die gegenwärtige Lage der Demokratie weitgehend jener der Marktwirtschaft ähnlich ist. Das gemeinsame Merkmal besteht darin, dass in den letzten Jahren hier wie dort die wichtigsten Stabilisierungselemente beseitigt wurden mit der Folge, dass sie beide in einen Schwebestand der Unsicherheit gerieten. Es zeigt sich einmal mehr, dass wirtschaftliche und politische Phänomene lediglich unterschiedliche Erscheinungsformen gleicher sozialer Grundkonstellationen sind.

Welches sind die Zukunftsaussichten?

Gemäss obiger Schilderung befindet sich das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem gegenwärtig in einer Bewährungsprobe. Dies ist an sich weder etwas Neues noch Beängstigendes, gehören doch die mit dem Entwicklungsprozess verbundenen Auf und Ab zur Dynamik des Lebens überhaupt. Dank den jedem freien Sozialwesen inhärenten Regulierungs- und Erneuerungskraften hat das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem bis jetzt zahlreiche Bewährungsproben mit bewundernswerter Erneuerung seiner Dynamik bestanden. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass es seine gegenwärtige Krise ebenfalls als Jungbrunnen benützen könnte. So sind die USA nach jahrelanger Lethargie, Selbstzerfleischung und Unbekümmertheit erneut im Begriffe, ihr eigenes Haus in Ordnung

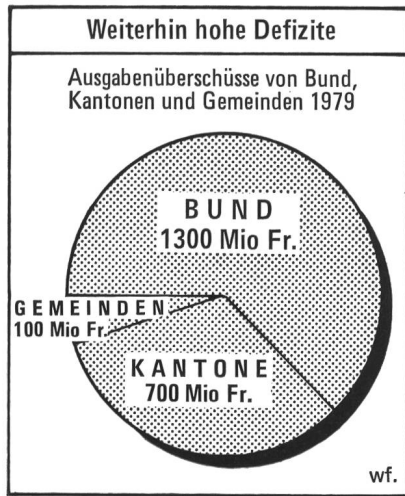
zu bringen und ihre Rolle als führende politische, wirtschaftliche, monetäre und militärische Macht der westlichen Welt zu erfüllen. Die drohende Gefahr und die Angst vor dem Versagen der USA haben den europäischen Integrationsbestrebungen neue Impulse gegeben. Zudem legen in einigen Ländern Gewerkschaften, Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum ein erstaunliches Mass an volkswirtschaftlichem Verantwortungsbewusstsein, Opferbereitschaft und Durchhaltewillen zutage. Auch im verhaltenspolitischen Bereich zeichnet sich bei der Jugend, insbesondere bei der amerikanischen, eine Tendenz zur Besinnung auf ethisch-moralische Werte ab. Diese positiven Anzeichen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem in den kommenden acht bis zehn Jahren eine äusserst schwierige Durststrecke zu überstehen hat. Im Gegensatz zu den dreissiger Jahren sind diesmal weder von der militärischen Aufrüstung und von einem dritten Weltkrieg noch von der technischen Innovation her durchschlagende konjunkturelle Auftriebsimpulse zu erwarten, welche der Weltwirtschaft die für ein anhaltendes und starkes Realwachstum benötigte Schubkraft verleihen könnten. Die erhöhten Exportmöglichkeiten nach den Opec-Staaten sowie nach den kommunistischen und nicht-kommunistischen Entwicklungsländern bilden hierfür nur einen bescheidenen Ersatz, so dass das Tempo des realen Wirtschaftswachstums vorerst geringfügig bleibt; mit relativ kurzen Erholungszyklen und chronischer Neigung zur Rezession oder sogar Deflation. Dies wird sich in sozialer und politischer Hinsicht umso nachteiliger auswirken, als in den kommenden zwei bis drei Jahren die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit das Erwerbsalter erreichen werden. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Menschen neue Arbeitsplätze zu verschaffen, entsteht ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen mit einem grossen Anteil von Jugendlichen und Intellektuellen, das für das freiheitliche Wirtschafts- und Sozialsystem kaum zu überschätzende Gefahren in sich birgt. Auf der anderen Seite bleibt der inflationäre Kosten- und Preisdruck nicht nur bestehen, sondern er dürfte sich sogar namhaft verstärken, zur Hauptsache bedingt durch Lohnerhöhungen, die den Produktivitätsfortschritt übersteigen, inflationäre lohnpolitische Experimente, wie Arbeitszeitverkürzung und vorzeitige Pensionierung bei gleichbleibendem Lohn, durch Verknappung und Verteuerung der Energie und Rohstoffe sowie die massiven Forschungsaufwendungen auf dem Gebiete der Energieversorgung und des Umweltschutzes. Die Industrieländer werden in den kommenden Jahren für die Beseitigung der bereits angerichteten Umweltschäden und für die Erfindung neuer Rohstoff- und Energiequellen astronomische Beträge verwenden müssen. Dadurch wird zwar zusätzliches Einkommen geschaffen, ohne dass sich das marktmässige Angebot an konsumierbaren Gütern und Diensten erhöhen würde. Die Wachstumsdiskrepanz zwischen Warenangebot und geldmässiger Nachfrage wird einen gewaltigen Inflationssog erzeugen, sofern sie nicht durch entsprechende Fiskal- und Geldpolitik beseitigt wird. Im Klartext heisst dies nichts anderes, als dass wir die erwähnten Forschungsausgaben nur dann inflationsfrei finanzieren können, wenn wir auf entsprechende Lebensstandardsteigerung verzichten. Hier wird uns die Rechnung präsentiert dafür, dass wir im Bereich des Rohstoff- und Energieverbrauchs sowie der Reinhaltung der Umwelt seit Jahren auf Kosten der Zukunft leben. Ein Versuch, der Schuldzahlung durch Flucht in die Inflation zu entgehen, würde die Lage nur noch weiter verschlechtern. Man kann nur hoffen, dass die heutige Generation aus der Vergangenheit gelernt hat und die geschilderten Probleme weder durch Flucht in die Inflation noch durch Staatsdirigismus und Protektionismus zu lösen versucht,

Ein solcher Weg würde die Welt leicht in eine wirtschaftliche und monetäre Krise stürzen, die bezüglich der Intensität und des Ausmasses jene der dreissiger Jahre bei weitem übertreffen könnte.

Auf der anderen Seite ist damit zu rechnen, dass die wachsenden Beschäftigungsprobleme, der verstärkte Konkurrenzkampf, die zunehmende Energie- und Rohstoffknappheit sowie die fortschreitende Umweltverschmutzung sowohl den Zwang zur Innovation wie auch den Willen zur beschleunigten Realisierung von Forschungsprojekten anspornen werden. Nach der Meinung eingeweihter Fachexperten sind auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Energieversorgung und der Nahrungsmittelproduktion bereits revolutionäre Forschungsprojekte in Bearbeitung, die in zehn bis fünfzehn Jahren anwendungsfähig werden dürften. Durch die Realisierung dieser Projekte dürften sich ungeahnte ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschheit eröffnen. Das Realisierungstempo und der tatsächliche Erfolg dieser Forschungsanstrengungen hängen allerdings in entscheidendem Masse davon ab, ob die menschliche Freiheit und der dynamische Unternehmertyp erhalten werden können. Alles, was die Menschheit bis jetzt an technischem und ökonomischem Fortschritt und an sozialem Wohlstand erreicht hat, verdankt sie dem Erfindergeist des freien Individuums und der Realisierungskraft des dynamischen Unternehmers, der die Ideen im technischen und wirtschaftlichen Bereich fruktifizierte. Das Ideen gebärende Genie und der Ideen verwirklichende Unternehmer benötigen die Freiheit als unabdingbares Lebenselement. Mit staatlicher Bevormundung, Verbürokratisierung, ideologischer Gleichschaltung und dergleichen mehr kann zwar ein grösseres Mass an sogenannter sozialer Gerechtigkeit gesichert werden, indem das Erreichte verwaltet und immer wieder neuverteilt wird. Da jedoch ein solches System unausweichlich die Freiheitssphäre und die Motivation sowohl des kreativen Geistes wie auch des agierenden Unternehmers beeinträchtigt, hemmt es zum Nachteil der breiten Bevölkerungsmassen den technischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt. Wer wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt wünscht, muss daher auch die individuelle Freiheit und den Unternehmer bejahen.

Bei der Erhaltung des freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialsystems handelt es sich indes nicht nur um wirtschaftliche und politische Werte; es geht hier letzten Endes um die Sicherung der Voraussetzungen für die physische, geistige und ethisch-moralische Entfaltung des Individuums, die den einzig möglichen objektiven Sinn des menschlichen Lebens bildet. Deshalb konnte bis jetzt gegen seinen Willen kein Volk seiner Freiheit endgültig beraubt werden. Völker, die durch äussere militärische Uebermacht oder durch innere revolutionäre Minderheiten unterjocht wurden, vermochten die militärische und ideologische Tyrannei — wenn auch oft mit ungeheuren Anstrengungen — immer wieder abzuschütteln. Dagegen gibt es einige historische Beispiele dafür, dass Völker ihre Freiheit endgültig verloren haben, indem sie schrittweise, ohne es zu bemerken, darauf verzichteten. Diese Art der Selbstversklavung war stets ein langsamer historischer Prozess mit klaren Symptomen, wie politischer Opportunismus, Nachgiebigkeit im Grundsätzlichen, ideologische Gleichgültigkeit, wirtschaftliche und militärische Enervierung, ethisch-moralische Aushöhlung, kurz: allgemeine Dekadenz. Man kann nur hoffen, dass die tragende Mehrheit in den westlichen Demokratien aus diesen historischen Beispielen für ihr Verhalten die erforderliche Lehre zieht.

Wieder mehr als zwei Milliarden Defizit 1979?



Die Kette der Defizitjahre in der öffentlichen Finanzwirtschaft scheint vorderhand nicht abzureissen. Sofern sich die Budgets für 1979 bewahrheiten, wird sich das Gesamtdefizit von Bund, Kantonen und Gemeinden im laufenden Jahr auf etwas über 2,1 Mia Franken belaufen. Dabei entfallen auf den Bund schätzungsweise 1,3 Mia, auf die Kantone 0,7 Mia und auf die Gemeinden 0,1 Mia Franken. Diese Zahlen bewegen sich in der Grössenordnung der Vorjahre (2 bis 2,6 Mia Fehlbetrag zwischen 1971 und 1976) mit Ausnahme von 1977, als erstens die Gemeinden einen Ueberschuss auswiesen und zweitens die Kantone mit einem Defizit aufwarteten, das wesentlich niedriger ausfiel als in den Budgets vorgesehen. Auf diese Weise betrug der Fehlbetrag aller drei Ebenen 1977 «nur» 1,5 Mia Franken. Für das vergangene Jahr war ein Gesamtdefizit von 2,4 Mia Franken budgetiert worden (Bund 1,2; Kantone 1,1; Gemeinden 0,1 Mia Franken). Allerdings ist nun der definitive Rechnungsabschluss der Eidgenossenschaft günstiger ausgefallen, und dasselbe war auch bei verschiedenen Kantonen der Fall.

Wirtschaftspolitik

Aspekte der europäischen Integration

Langsam und zögernd wächst die EG über ihre erste Etappe, die Bildung einer Zollunion, hinaus. Die Wirtschafts- und Währungsunion beginnt Wirklichkeit zu werden. In den neun EG-Staaten wird dieses Jahr erstmals das europäische Parlament durch Direktwahlen bestellt.

Das sind für uns wenig vertraute Vorgänge, weil wir daran keinen Anteil haben. Die Schweiz hatte eben seinerzeit nicht um einen Beitritt zur EG nachgesucht; wir wollten unseren eigenen Europabeitrag auf den Abschluss eines Freihandelsvertrages mit der EG beschränken. Die Folge davon sind zunehmende handels-, wirtschafts- und währungspolitische Anpassungsprobleme. Es braucht immer grössere Anstrengungen unseres Landes, um seine Isolierung mitten in Europa zu vermeiden. Als Beispiele hierfür seien einige der wichtigsten Fragen aufgezeigt, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden:

Der Schweizer Franken und das Paritätsgitter des europäischen Währungssystems

Ueber das EWS und den Ecu habe ich in der Nummer 1/1979 der «mittex» berichtet. Am 13. März 1979 wurde das EWS in Kraft gesetzt. Das heute gültige Paritätengitter zwischen den vom EWS erfassten Währungen lautet: (siehe Tabelle rechts oben).

Innerhalb dieser oben angeführten engen Bandbreiten können die im EWS zusammengeschlossenen europäischen Währungen untereinander schwanken. Nähert sich eine dieser Währungen dem oberen oder unteren Interventionspunkt, so muss die betreffende Notenbank durch Käufe oder Verkäufe an Devisen so lange auf den Markt Einfluss nehmen, bis sich die betreffende Währung wieder vom Interventionspunkt entfernt. Das bedeutet, dass für die im EWS eingeschlossenen Währungen wieder feste Wechselkurse gelten. Auf- und Abwertungen sind zwar möglich, setzen aber gegenseitige Konsultationen voraus. Man rechnet damit, dass solche Paritätsänderungen in kleinen Schritten von Zeit zu Zeit zum Ausgleich der Teuerungsdifferenzen unter den angeschlossenen Ländern erfolgen werden.

Auf der oben angeführten Tabelle fehlt der Schweizer Franken. Wir können dem EWS nicht beitreten, weil die Schweiz nicht Mitglied der EG ist. Die Schweizerische Nationalbank wird also versuchen müssen, den Aussenwert des Schweizer Frankens durch eigene Massnahmen an denjenigen der D-Mark zu binden um so de facto seine Stabilisierung zu erreichen. Offen ist, inwieweit wir dabei auf die Mithilfe anderer europäischer Notenbanken rechnen können. Es ist die Absicht der Notenbank, zusammen mit unseren Behörden eine Kooperation mit dem europäischen Währungssystem ohne Beteiligung am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus zu erreichen.

Die Erweiterung der EG und das Schicksal der Rest-EFTA

Südeuropäische Länder stehen als Beitrittskandidaten vor der Tür der EG. Der «Beitrittskalender» zur Erweiterung der EG lautet: Griechenland 1981, Portugal 1983, Spanien 1985.

Damit kommt die EG ihrem politischen Ziel, der Integration der europäischen Mittelmeerländer deutlich näher. Sie tritt damit in die Fussstapfen der alten Römer, für die das Mittelmeer das «mare nostrum» war.

Die Rest-EFTA verliert 1983 Portugal und reduziert sich auf die europäischen Randstaaten des Nordens sowie auf die beiden kleinen Alpenrepubliken Schweiz und Oesterreich. Die handelspolitische Kraft dieser kleinen oder für die EG peripheren Länder steht dazumal in keiner Relation mehr zu der zwölf westeuropäische Länder umfassenden EG. Es ist eine offene Frage, ob wir